

Begrüßung

Im Mittelalter hat man Bäcker, die zu kleines Brot gebacken haben, in Eisenkörbe gesperrt oder an den Pranger gestellt.

Diese frühe, aus heutiger Sicht natürlich unangemessen brutale Form des Verbraucherschutzes wurde damals nicht nur von den Kunden begrüßt, sondern war eine Idee der Bäckerzunft selbst, die verhindern wollte, dass die ehrlichen Bäcker einen Preisnachteil hatten.

Schon damals waren – mit damaligen Methoden – zwei Grundzüge des Verbraucherschutzes verankert: Schutz des Verbrauchers vor mangelhafter Ware und Schutz der Wirtschaft vor ruinösen Wettbewerbsbedingungen.

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland hat Ludwig Erhard die Bedeutung der Konsumenten für die Soziale Marktwirtschaft betont. Als auf sein Betreiben 1957 das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb beschlossen wurde, bekämpften die deutschen Wirtschaftsverbände dieses neue Gesetz als „Staatsinterventionismus“.

Ich denke, diese Wortwahl der Wirtschaftsverbände kommt nicht nur mir bekannt vor, wenn wir über Verbraucherschutz sprechen.

Dabei muss gerade die deutsche Wirtschaft ein vitales Interesse an mehr Verbraucherschutz, einer aktiven Verbraucherschutzpolitik, qualitätsbewussten Kunden und hohen Standards haben. Denn nur so kann ein reiner Preiswettbewerb vermieden werden, bei dem viele heimische Unternehmen auf der Strecke bleiben.

Unberührt davon bleiben die anderen Ziele des Verbraucherschutzes: Schutz von Gesundheit und Sicherheit, Schutz wirtschaftlicher Interessen, Wahlfreiheit, nachhaltiger Konsum etc.

In der politischen Diskussion hört man oft das Vorurteil, Verbraucherschutz wäre ein Luxusproblem für die wohlhabenden Schichten. Das Gegenteil ist der Fall. Aktive Verbraucherschutzpolitik setzt durch

- dass auch preisgünstige Lebensmittel gesund sind**
- dass auch preisgünstige Spielzeuge keine gefährlichen Inhaltsstoffe haben**
- dass auch Menschen mit kleinem Geldbeutel ein Anrecht auf ein Girokonto haben**

Voraussetzung dafür, als Kunde ein gleichberechtigter Partner der Wirtschaft sein zu können, ist Information. Information über Produkte, Information über die Grundzüge einer Dienstleistung, aber auch Information über das Verhalten von Firmen.

Diesem Grundprinzip folgt auch die Initiative der Koalition zu einem VIG, das wir in Kürze in den Bundestag einbringen werden.

Mit dem VIG schaffen wir die Rechtsgrundlage dafür, dass Behörden über Fehlverhalten von Firmen und Bürger sich über Erkenntnisse der Behörden unterrichten können.

Wir schaffen übrigens auch die Rechtsgrundlage dafür, dass die Behörden zu dieser Information verpflichtet sind und dies auch in einem bestimmten Zeitraum erfolgen muss. Gerade dieser Bestandteil des VIG war uns Sozialdemokraten besonders wichtig.

Wenn in Zukunft ein Unternehmen also Gammelfleisch verkauft, dann muss es damit rechnen, öffentlich benannt zu werden, auch wenn dies nicht mehr zur reinen Gefahrenabwehr notwendig ist. Oder um mein Beispiel vom Beginn wieder aufzunehmen, es wird eine moderne, angemessene Form des Prangers eingeführt.

Eine offene Frage ist, zu welchen Informationen sind eigentlich die Unternehmen selbst gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet? Und zwar Information über das hinaus, was heute z.B. als Kennzeichnung auf Lebensmitteln stehen muss.

Um diese Frage zu beantworten, muss man drei Dinge bedenken:

- 1. Kundeninformation ist Teil eines Wettbewerbs zwischen Unternehmen und dient gerade bei Premiummarken als Unterscheidungsmerkmal.**
- 2. Gerade kleine Unternehmen könnten bei einem gesetzlichen Informationsanspruch gegen sie schnell überfordert sein**
- 3. Gerade Premiummarken und inländische Unternehmen sollten aber auch ein Interesse an hohen Standards bei der Information haben, um in einen fairen Wettbewerb mit Importeuren treten zu können.**

Die Koalition setzt daher auf eine messbare und überprüfbare Verbesserung der Information der Kunden durch die Wirtschaft selbst. Wir erwarten klare Fortschritte in diesem Bereich, sonst wird es doch zu einer gesetzlichen Lösung kommen müssen. In dieser Sache lassen wir nicht locker.

Das VIG regelt den Bereich der Lebens- und Futtermittel sowie der Bedarfsgegenstände und ist damit auch eine Antwort auf die Lebensmittel-skandale Ende des Jahres 2005. Ich halte ein solches eigenständiges VIG für einen klaren Fortschritt. BM Seehofer hat in dieser Frage die volle Unterstützung der SPD.

Wir Sozialdemokraten sind allerdings auch der Meinung, dass die Regelung nicht auf Dauer auf diesen Bereich beschränkt bleiben kann. Die Koalition wird daher im Verlauf der Legislaturperiode einen Vorschlag erarbeiten, welche weiteren Produkt- und Dienstleistungsbereiche in das VIG aufgenommen werden sollen.

Ein letzter Punkt zum VIG. Im Entwurf von Herrn BM Seehofer ist geregelt, wann bestimmte Informationen über ein Unternehmen nicht veröffentlicht werden dürfen. Diese gemeinsam gefundene Regelung wird von der SPD mitgetragen.

Allerdings schlage ich vor, dass wir diesen Punkt noch einmal in den Anhörungen besondere Aufmerksamkeit schenken. Mir wurde ein Schreiben eines Verbands aus der Futtermittelbranche an seine Mitgliedsunternehmen zugespielt, in dem dieser dazu auffordert, möglichst alle Daten als „Betriebsgeheimnisse“ zu deklarieren, um eventuellen Veröffentlichungen durch die Behörden zu entgehen. Sollte sich herausstellen, dass im Entwurf wirklich solche ausbeutbaren Lücken sind, dann wird die Koalition diese schließen.

Mit dem VIG sind die Vorhaben der Koalition im VS nicht zu Ende. Die Aufgaben und Bereiche des VS sind vielfältig. Aus Sicht der SPD möchte ich vier Felder besonders hervorheben:

- **VS für die Belange von Kindern und Jugendlichen**
- **VS für die Belange älterer Menschen**
- **VS im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen**
- **VS in der digitalen Welt**

Seien wir offen: Wir muten Kindern in unserer heutigen Welt sehr viel zu. Ja, diese Welt bietet jungen Menschen mehr Möglichkeiten als je zuvor. Aber sie ist auch schnelllebiger, orientierungsloser und komplexer als je zuvor.

Deswegen muss eine aktive Verbraucherschutzpolitik für Kinder informieren, vergleichbar machen, Schutz bieten, Qualität sichern.

Ein Beispiel, an dem die SPD gerade arbeitet: Wir wollen, dass die Jugendschutzoptionen, also die kostenlose Sperrung teurer Mehrwertdienste am Handy, auch bei den preisgünstigsten Handytarifen angeboten werden, damit junge Menschen nicht zwischen günstigen Tarifen und Schutzmöglichkeiten gegen Handyabzocke wählen müssen. Vor allem die Discounter sperren sich noch dagegen. Wir lassen da nicht locker. Es darf nicht sein, dass das Handy Verschuldungsrisiko Nr. 1 für junge Menschen ist.

Auch im Bereich der Kennzeichnung der Lebensmittel wollen wir die Bedürfnisse von Kindern besser berücksichtigen, z.B. durch klarere Kennzeichnungen und dem Verbot irreführender Werbeaussagen. Damit Kinder und Eltern die Ernährung leichter planen können.

Unsere Gesellschaft wird älter. Eine aktive Verbraucherschutzpolitik für ältere Menschen ist daher notwendiger denn je.

Wir wollen verbesserte Patientenrechte und eine gesetzliche Regelung zur Patientenverfügung, wir halten die Altersdiskriminierung bei der Vergabe von Krediten für inakzeptabel, wir werden ein Vertragsauflösungsrecht bei unlauter zustande gekommenen Verträgen durchsetzen.

Ältere Menschen sind eine wachsende Zielgruppe für die deutsche Wirtschaft. Es braucht angepasste, transparente und faire Produkte und Dienstleistungen für diese Altersgruppe, sonst werden ausländische Anbieter das Rennen machen. Eine aktive Verbraucherschutzpolitik stellt das Vertrauen älterer Menschen her und sorgt damit für eine gute Nachfrage und damit für Arbeitsplätze.

Die Politik erwartet von den Menschen immer häufiger, dass sie individuell vorsorgen. Dieser Trend wird nicht so schnell vorbei gehen.

Dann ist es aber auch die Pflicht der Politik, für ausreichenden Verbraucherschutz im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen zu sorgen. Hier liegt noch vieles im Argen.

Wir werden daher das Recht auf ein Girokonto durchsetzen. Durch eine verbesserte Selbstverpflichtung der Banken oder durch eine gesetzliche Regelung. In unserer modernen Gesellschaft muss jeder Mensch Zugang zu einem Girokonto haben.

Wir werden das diskriminierende Scoring bei der Vergabe von Krediten in geordnete Bahnen lenken und transparent machen. Wir akzeptieren nicht, dass der Wohnort oder andere private Dinge die Kreditwürdigkeit entscheiden.

Wir werden die Bedingungen von Versicherungen vergleichbar machen und Transparenz in die Beziehung zwischen dem Versicherungsmakler und seinen Angeboten bringen. Damit Kunden wissen, worauf sie sich bei Versicherungen einlassen.

Zunehmend wichtiger wird der Verbraucherschutz in der digitalen Welt.

Wenn das dynamische Wachstum in IT und TK weitergehen soll, müssen sich die Kunden kompetent und sicher fühlen. Das ist eine große Herausforderung für die Unternehmen und unsere aktive Verbraucherpolitik.

Wir werden daher genau auf die Verbraucherrechte beim Urheberrecht achten. Insbesondere würden wir uns freuen, wenn der Koalitionspartner CDU/CSU sich bei der von allen Experten befürworteten Bagatellgrenze bei den Privatkopien endlich bewegen würde.

Beim Thema Phishing, also dem Versuch, geheime Zugangsdaten für das Onlinebanking abzufangen, ist die Rechtslage ausreichend, nicht aber die Praxis. Diese werden wir durch grenzüberschreitende Kooperation und z.B. durch Schwerpunktstaatsanwaltschaften verbessern.

Beim Thema SPAM, also den unerwünschten Massen-eMails und Werbeanrufen, werden wir die Rechtslage verbessern. Aus meiner Sicht muss Spamming endlich – wie in Österreich auch – eine Ordnungswidrigkeit werden, die sofort eine Strafe nach sich zieht. Bisher gibt es nur einen Unterlassungsanspruch.

Sie sehen, die SPD und die Koalition haben sich im Verbraucherschutz viel vorgenommen.

Wir wollen dadurch erreichen, dass die Menschen in unseren Land gut leben können und gleichberechtigte Partner der Wirtschaft sind.

Außerdem wird unsere aktive Verbraucherschutzpolitik den wirtschaftlichen Aufschwung unterstützen, weil wir das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und aus einem reinen Preiswettbewerb einen Qualitätswettbewerb machen.